

Oberhausener 1 Demokratie zeitung



Von Grund auf demokratisch – 30 Jahre AG Antifa/Demokratie aktiv
Seite 3



Dr. Matthias Quent: Über die Krise, Demagogen und Alu-Hüte
Seite 7



Starkes Bündnis gegen Rechts – Der Runde Tisch in Oberhausen
Seite 8

Liebe Leserinnen liebe Leser,

mit Zeitungen ist es so: man liest sie, weil man sich für etwas interessiert. Tages- und Wochenzeitungen bieten eine bunte Themenvielfalt. So ist es auch bei der Demokratiezeitung, die Sie nun in den Händen halten.

Wir Zeitungsmacher interessieren uns für Oberhausen, wie am Gasometer symbolisch zu sehen ist. Aber wir gehen noch weiter, denn wir engagieren uns auch für Oberhausen – und für die Demokratie in unserer Stadt.

Dass wir das tun, ist wichtig, weil die Demokratie heute nicht mehr allen gefällt. Das, was ihre Gegner stattdessen anstreben, ist nicht akzeptabel, weil wir keine gesellschaftspolitischen Verhältnisse haben wollen, die Unterschiede zwischen Menschen machen. Nur die Demokratie kann dafür sorgen, dass wir alle so frei und selbstbestimmt wie möglich leben können. Auch wenn die Demokratie nicht fehlerfrei ist, leistet sie mehr für jeden von uns als jede andere Gesellschaftsform.

Um einmal darzustellen, was Demokratie in Oberhausen bedeutet, haben wir diese Zeitung gemacht. Demokratie, das ist Vielfalt, das ist Kooperation, das ist Gleichberechtigung, das ist ein Anspruch, wie er in der Erklärung der Menschenrechte geschrieben ist: „Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geiste der Brüderlichkeit begegnen.“

Auf diesem Weg der Begegnung wollen wir auch zukünftig in Oberhausen weitergehen.

Eine anregende Lektüre wünscht: die Redaktion

„WELTOFFENHEIT“ IST MEHR ALS EIN ETIKETT

Von Dr. Anke Hoffstadt

In Oberhausen gibt das Landesprogramm „NRWeltoffen“ Einblicke und Ausblicke für eine Stadtgesellschaft ohne Rassismus und rechte Haltungen. Es geht darum, was wir schon jetzt schaffen, um miteinander, solidarisch und zugewandt für jede und jeden unsere Stadtgemeinschaft zu gestalten.

Was braucht es, um in einer Stadt und mit den Menschen, die in ihr wohnen, arbeiten und sich mit ihr verbunden fühlen, ein solidarisches Miteinander zu leben? Wie viel Kraft braucht eine Stadt wie Oberhausen – irgendwo zwischen Strukturwandel, „Ruhrgebiet“-Charakter und sozialpolitischen Herausforderungen –, um den Menschen, die in ihr zuhause sind, einen Platz zu geben, an dem sie frei von Anfeindungen, Vorurteilen, Rassismus, Antisemitismus und Menschenfeindlichkeit sein können? Wie lang muss der Atem sein, wenn es heißt, gegen Rassismus und rechte Positionen ein Zeichen zu setzen? Wer sind die Menschen, die sich unermüdlich für einen Alltag ohne Rassismus

Zuvor hatte sich die Stadt Oberhausen erfolgreich darum beworben, mit Unterstützung des Landes Nordrhein-Westfalen „NRWeltoffen“-Kommune zu werden. Damit war Oberhausen eine von 25 Städten und Landkreisen, die Geld für die Umsetzung oder Erarbeitung von Ideen und Konzepten erhalten sollten, mit denen die Kommune sich fit machen kann in ihrem Engagement gegen rechte Hetze, rassistische Angriffe, Diskriminierung, Antisemitismus und rechte und rassistische Gewalt.

Nicht nur ein Stapel Papier

Und es zeigte sich bald: „NRWeltoffen“, das ist mehr als ein Label oder ein schöner Name, mit dem sich ausgewählte Städte in NRW würdigen schmücken können. Denn von Beginn an war klar: Wer es ernst meint mit dem Plan, sich für Weltoffenheit stark zu machen, muss „A“ und „B“ sagen. Schließlich sollte am Ende des Projektes etwas „herumkommen“ und entstehen, das auch in der Zukunft etwas bringen würde.

Denn mit der Aufgabe von „NRWeltoffen Oberhausen“ verbunden war es, ein „Handlungskonzept gegen Rassismus und Rechtsextremismus“ zu entwickeln, ein Ergebnis also, das auf den ersten Blick sehr unkonkret klingt. Alle Beteiligten waren sich einig darin, dass das Handlungskonzept mehr sein sollte als ein Stapel Papier, der nach Ende der ersten Projektphase (bis Dezember 2018) in einer Schublade im Rathaus verschwände.

Und so krepelten Anke Hoffstadt vom Projektbüro von „NRWeltoffen Oberhausen“ sowie Lisa Scholten und Alexander Häusler vom Forschungsschwerpunkt Rechts-Extremismus und Neonazismus der Hochschule Düsseldorf sprichwörtlich die Ärmel hoch. Ihr Ziel: Eine Studie zu schreiben, die zwei Blickrichtungen einnehmen sollte. Da war beispielsweise die Frage, mit welchen Strukturen und



Akteur*innen am rechten Rand in Oberhausen eigentlich zu rechnen ist. Wie viel Zuspruch erhalten etwa rechte und rechtspopulistische Kräfte bei Wahlen? Gibt es eine rechte Szene in Oberhausen? Wie ist rechte, rassistische und rechtspopulistische „Straßenpolitik“ einzuschätzen, wie sie im Zuge der „Pegida“-Mobilisierung auch in Oberhausen präsent war? Gibt es rechte und rassistische Gewalt in der Stadt?

Engagement auf lange Sicht fördern

Dann sind aber natürlich vor allem die Menschen wichtig, die sich seit Jahr und Tag für Vielfalt einsetzen. Menschen, die sich engagiert einmischen, wenn es um den Schutz und die Stärkung demokratischer Werte geht. Die den Mut haben, zu widersprechen,

wenn sie mit Rassismus und rechten Haltungen und Handlungen konfrontiert werden oder mitbekommen, wie andere davon betroffen sind. Wo, lässt sich fragen, ist also die Zivilcourage in Oberhausen zuhause? Welche Initiativen tragen diese mutige und kräftezehrende Aufgabe und welche Erfahrungen haben sie mit ihrer Arbeit gemacht? Wo brauchen sie Unterstützung und was lässt sich besser machen? Hierzu befragte das NRWeltoffen-Team engagierte Bürger*innen in einem Workshop-Forum, hielt Augen und Ohren offen bei der 3. Oberhausener Demokratie-Konferenz und führte Gespräche mit Menschen, die sich einsetzen für Bürger*innenrechte, Mitbestimmung, Chancengleichheit und gelebte Solidarität in der Stadt.

Lesen Sie weiter auf Seite 2

Mit diesem Handlungskonzept liegt uns nun eine wissenschaftlich fundierte Analyse des Ist-Zustandes in Oberhausen vor.

Daniel Schranz,
Oberbürgermeister

AG DEMOKRATIE AKTIV

Von Klaus Offergeld

Wenn man von ihnen liest, hört, sie sieht und mit ihnen spricht, ist es, als würde man mit alten Bekannten reden. Im Grunde genommen ist das auch so. Denn die AG Demokratie aktiv, so heißt die Gruppe seit diesem Frühjahr, wurde vor über 30 Jahren am Bertha-von-Suttner-Gymnasium ins Leben gerufen.

Die beiden Gründungslehrer, somit Pioniere der Antifa AG, Rolf Wende und Hans-Gerd Tantius, gaben sich und der ersten Schüler-Antifa-Generation als vorrangige Leitlinie mit auf den Weg, die faschistische Diktatur in Deutschland aufzuarbeiten. Das ist, wie gesagt, über 30 Jahre her. Namen und Gesichter der Schülerinnen und Schüler in der Bertha-AG wechselten. Nicht aber ihr selbst gestellter Auftrag und ihre hohe Motivation. Die vormalige Antifa-AG und jetzige AG Demokratie aktiv des Bertha-von-Suttner-Gymnasiums ist heute ein Markenzeichen. Bekannt, geschätzt und gewürdigt weit über die Stadtgrenzen Oberhausens hinaus.

DIE WÜRDE DES MENSCHEN IST UNANTASTBAR.

Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.

Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen und politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden.

(Art. 1 & Art. 2 Grundgesetz)

Die Vermittlung demokratischer Grundwerte steht auch heute noch

bei den Lehrern und der Arbeitsgemeinschaft des „Bertha“ ganz oben auf der Agenda. Auch in diesem Frühjahr, als man sich umbenannte, um nicht verwechselt zu werden und erst recht nach einer Projektwoche zum Grundgesetz, der Basis all ihrer Arbeit, ihres Engagements und Selbstverständnisses. Ein Resultat der Woche war ein Banner mit dem obigen Artikel aus dem Grundgesetz.

Die antifaschistische Aufklärungsarbeit der NS-Zeit war von Beginn an die DNA der Bertha-Arbeitsgemeinschaft. Viele Projekte standen und stehen im Zeichen der Erinnerung an die Verbrechen der Nazis und die Auseinandersetzung mit Faschismus und Rassismus. Viele Schülergenerationen haben seit den Gründerjahren an den regelmäßigen Treffen und dem offenen Austausch teilgenommen. Die Schüler*innen bestimmten auch aktiv die politischen Themen mit, die behandelt werden sollten.

An den Schultoren hörte ihr Wirken und Engagement nicht auf. Die Antifa-AG trat immer schulintern und schulextern auf. Seit langer Zeit gibt es Kooperationen mit der Gedenkhalle Oberhausen, 1962 von der Stadt Oberhausen gegründet und die erste westdeutsche Gedenkstätte zum Nationalsozialismus. Man beteiligte sich an der Gestaltung von Gedenktagen und Gedenkveranstaltungen, wie etwa zum Antikriegstag, Holocaust-Gedenktag oder Gedenktagen zur Pogromnacht. Die Arbeitsgemeinschaft und ihre Projekte haben den politischen Veranstaltungskalender der Schule entscheidend mitgeprägt. Dazu gehören auch zahlreiche Ausstellungs-, Film- und Veranstaltungsprojekte, die von der Gruppe initiiert, organisiert und begleitet wurden.

Externe Studien gehören seit Jahren und damit regelmäßig zum Programm. Beispielsweise fährt die gesamte Jahrgangsstufe 9 jedes Jahr zum 9. November ins Konzentrationslager Ford Breendonk, die Jahrgangsstufe 10 besucht alljährlich das Konzentrationslager Buchenwald oder die Konzertveranstaltung Rock gegen Rechts.

Seit einigen Jahren geht es der AG Demokratie aktiv aber auch immer mehr um die Vermittlung demokratischer Grundwerte und um Einsatz für die Einhaltung der Menschenrechte, gegen Rassismus und Intoleranz. Internationale und vor allem europäische Zusammenarbeit steht bei den Treffen, Veranstaltungen und Projekten mittlerweile ganz vorn. Die Gruppe überlegt, welche Themen wichtig sind und wie man sich gemeinsam mit den Mitschüler*innen damit inhaltlich auseinandersetzen kann.

Eine spektakuläre Aktion gelang der Arbeitsgemeinschaft im letzten Jahr anlässlich des 70. Geburtstags des Grundgesetzes. Die Gruppe veranstaltete eine ganze Grundgesetzwoche, an der sich die gesamte Schule beteiligte. Zuletzt wurde noch eine Ausstellung zu 30 Jahre Mauerfall organisiert. Weitere Meilensteine auf dem Weg



waren einige Aktivitäten zur Auswertung von Schülerinnen und Schülern im Rahmen eines Experimentes und eine entsprechende Reflexion darüber. Diese Aktion würdigte das Land NRW mit der Verleihung eines Landespreises. Ein weiteres nachhaltiges Engagement war der Sternmarsch gegen Rassismus aller Oberhausener Schulen zur Arena mit über 10.000 Beteiligten. Die Arbeitsgemeinschaft bereitete diesen Marsch vor und übernahm die Moderation. Auch die Stadt Oberhausen würdigte die Arbeit und zeichnete die Gruppe mit der Ehrennadel der Stadt aus.



Jede Zeit hat ihre Themen und stellt neue Anforderungen. So beschäftigte sich die AG Demokratie aktiv mittlerweile mit der Umsetzung und Gestaltung von Gedenktagen, begleitet die Verlegung von Stolpersteinen, organisiert eine Ausstellung zum Thema Rechtsextremismus, beschäftigt sich mit europapolitischen Themen, etwa europäischer Reisepass, einem Filmprojekt zum Thema „Heimat“.

An aktuellen Themen und Beschäftigungsfeldern dürfte es der AG Demokratie aktiv vom Bertha-von-Suttner-Gymnasium auch in Zukunft nicht fehlen. Rechtsextreme Auswüchse gehören im Land immer mehr und immer häufiger zum Alltagsgeschehen, die Missachtung von Menschenrechten und Grundrechten nimmt spürbar zu, Minderheiten werden ausgegrenzt und das Thema Migration und der gesellschaftliche Umgang damit werden stetig wichtiger werden.

In diesem Sinne kann der AG Demokratie aktiv nur ein langer Atem gewünscht werden. Und ehrliche Unterstützung und Begleitung durch die Gesellschaft.

Fortsetzung von Seite 1

Interviews und Mitmach-Umfragen, Expert*innen-Meinungen und Recherchen zur Situation in Oberhausen mündeten schließlich nach knapp 13 Monaten intensiver Arbeit in der gleichnamigen Studie. Seitdem finden alle Inter-

essierten das „Handlungskonzept gegen Rassismus und Rechtsextremismus“ auf der Homepage von „Demokratie leben! Oberhausen“ und können nachlesen, was die Projektgruppe herausgefunden hat und welche Ideen die Bürgerinnen

und Bürger der Stadt für Initiativen und Netzwerkarbeit zum Thema haben.

Heute, 2020, ist „NRWeltoffen Oberhausen“ alles andere als Geschichte. Denn es geht weiter mit „NRWeltoffen Oberhausen“. Ein „Demokratiebüro“, eine feste Anlauf- und Netzwerkstelle für alle Bürger*innen, ist in Planung. Künftig sorgt „NRWeltoffen“ außerdem für eine übersichtliche Info-Plattform für allen Projekten und fortlaufenden Plänen rund um das Engagement gegen Rassismus und rechte Positionen, für Initiativen und Ideen für gelebte Vielfalt in der Stadt.



v.li.: Dr. Anke Hoffstadt (NRWeltoffen), Dirk Paasch (Demokratie leben!) und Clemens Heinrichs (Gedenkhalle Oberhausen)

KEINE RECHTE HETZE UND PAROLEN IN OBERHAUSEN

Oberhausen soll frei von plumpen und fremdenfeindlichen Nazi-Schmierereien werden und auch bleiben. Viele rechte Parolen im öffentlichen Raum verstecken ihre wahre Bedeutung. Gemeinsam mit der Stadt Oberhausen ruft das „Oberhausener Bündnis gegen Rechts“ alle Bürgerinnen und Bürger auf, rechte Schmierereien und Aufkleber zu melden. Menschenverachtende Symbole tauchen immer mal wieder in der Stadt auf. Dazu zählt auch verdeckte Hetze, etwa durch die Zahlenkombination 88 oder die Buchstabenkombination HH. Beide stehen für „Heil Hitler“, das H ist der achte Buchstabe im Alphabet.

Weitere Informationen zu rechten Symbolen gibt es auf der Internetseite www.demokratieundvielfalt.de. Dort informiert eine Broschüre über Kennzeichen und Symbole der rechtsextremen Szene.

Bürgerinnen und Bürger, die rechte Parolen und Nazi-Symbole an Hauswänden oder anderswo entdecken, wenden sich bitte an Dirk Paasch, Bundesprogramm „Demokratie leben!“, E-Mail: paasch@awo-oberhausen.de. Oder an André Wilger, Landesprogramm „NRWeltoffen“, E-Mail: nrweltoffen@awo-oberhausen.de.

FAMILIENGESCHICHTEN

Von Clemens Heinrichs

Am 16. April wird Rosa in Oberhausen geboren. Die stolzen Eltern Vita und Elias werden sich sehr über ihren Nachwuchs gefreut haben. Die Familie lebt in der Stöckmannstraße, der Vater ist Kaufmann und betreibt ein Bekleidungsgeschäft. Es könnte alles gut sein, man könnte froh in die Zukunft schauen, doch die Zeiten sind nicht gut und werden immer schlechter. Eine Familiengeschichte.



Keine vier Jahre nach Rosas Geburt übernimmt Ende Januar eine neue Regierung die Macht und macht vielen Menschen das Leben unerträglich bis unmöglich. Der Grund dafür ist, dass man sie als schädlich für das deutsche Volk verleumdet. Viele der Betroffenen glauben aber, dass der Spuk bald vorbei geht, man lebt ja schließlich in einer Demokratie. Manche hoffen auch auf die Unterstützung ihrer Nachbarn oder den Einfluss des Auslands, dass es nicht ganz so schlimm kommt. Und so versucht die kleine Glaubensgemeinschaft in Oberhausen im März desselben Jahres noch einen neuen Vorstand zu wählen. Rosas Vater Elias stellt sich auch zur Wahl. Doch der Druck auf die ausgegrenzten Menschen nimmt stetig zu, nicht nur die Wahl des Vorstands wird behindert und verzögert. Kurz vor Rosas 4. Geburtstag werden viele Geschäfte boykottiert, vermutlich auch das ihres Vaters. Andere werden aus der Stadtverwaltung entlassen. Verbote für die Ausgegrenzten gehören bald zur Tagesordnung. Die parlamentarische Demokratie hört ab Januar auf zu existieren. Die staatliche Propaganda hetzt nun gegen die Bürgerinnen und Bürger, die man nicht als deutsch anerkennt. Der Staat ist nicht mehr dem Schutz aller seiner Bürger verpflichtet, sondern wird zum gnadenlosen Täter, dem die Missliebigen schutzlos ausgeliefert sind.

Normales Leben?! Rosas Eltern müssen schnell begriffen haben, dass es für sie kein normales Leben mehr in Oberhausen geben kann: noch im gleichen Jahr gehen sie notgedrungen nach Frankreich. Wie die kleine Familie dort gelebt hat, ist nicht bekannt. Dass Rosa Einzelkind bleibt, legt nahe, dass es der jungen Familie nicht gut gegangen sein wird. Mit elf Jahren wird Rosa wahrscheinlich besser Französisch als Deutsch gesprochen haben, denn

da lebt sie schon fast sieben Jahre in Paris. Allerdings ist die Ruhe trügerisch, denn die Deutschen besetzen Frankreich und bringen von zuhause die Verfolgung mit. Zwei Jahre später endet die Geschichte der Familie von Rosa grausam: erst werden alle drei verhaftet. Dann wird die Mutter zwangsweise verschleppt, im August ergeht es Rosa so, ein Jahr später folgt der Vater. Alle drei werden ermordet.

Das Oberhausener Mädchen Rosa wird gerade einmal 13 Jahre alt, weil sie einem Staat zum Opfer fiel, der Unterschiede zwischen Menschen machte, und weil dieser Staat diejenigen, die er aus rassistischen Gründen ausgrenzte, absichtsvoll und systematisch vernichtete. Im hier beschriebenen Fall war es das Regime der Nationalsozialisten, das über sechs Millionen Juden ermordete – eine davon war das Mädchen Rosa. Diesem Kind und vielen anderen, aus vielen anderen Gründen von den Nazis verfolgten Menschen wird in der Gedenkhalle gedacht. Ihre Geschichten werden hier recherchiert, dokumentiert und den Besucher*innen vorgestellt, um das Furchtbare und Unfassbare, was ihnen zwischen 1933 und 1945 widerfuhr, konkret und individuell zu machen.

Aus der Geschichte lernen

Wozu das Ganze heute noch, fragen heutzutage nicht nur Rechtspopulisten: ist das nicht schon längst vorbei und erledigt?

Ja, es ist vorbei – und doch nicht. Denn was einmal geschehen ist, kann wieder geschehen, immer und überall, und wird nur in den jeweils aktuellen Zeitumständen variieren. Was gestern die Juden

waren, sind heute in Deutschland für viele immer noch die Juden und die Sinti und Roma und spätestens seit 2015 auch Geflüchtete. Wenn Menschen, Gruppierungen oder Parteien ganze Gruppen von Menschen ausgrenzen und verfolgen, dann hat das nichts zu tun mit dem, was man aus der Geschichte hätte lernen können: dass alle Menschen gleich sind an Würde und Rechten. Dass sie ein Recht auf Leben, Freiheit und Sicherheit haben, das man dem Mädchen Rosa nicht einräumte. Dass unterschiedslos alle den gleichen Schutz durch das Gesetz haben. Dass niemand willkürlichen Eingriffen in sein Privatleben, seine Familie, sein Heim ausgesetzt werden darf. Dass die Ehre und der Ruf eines jeden Menschen zu wahren sind. Dies alles kann nur ein demokratischer Staat gewährleisten, in dem alle Menschen frei und gleich an Rechten, aber auch Pflichten sind. Demokratie, Grundgesetz, Men-

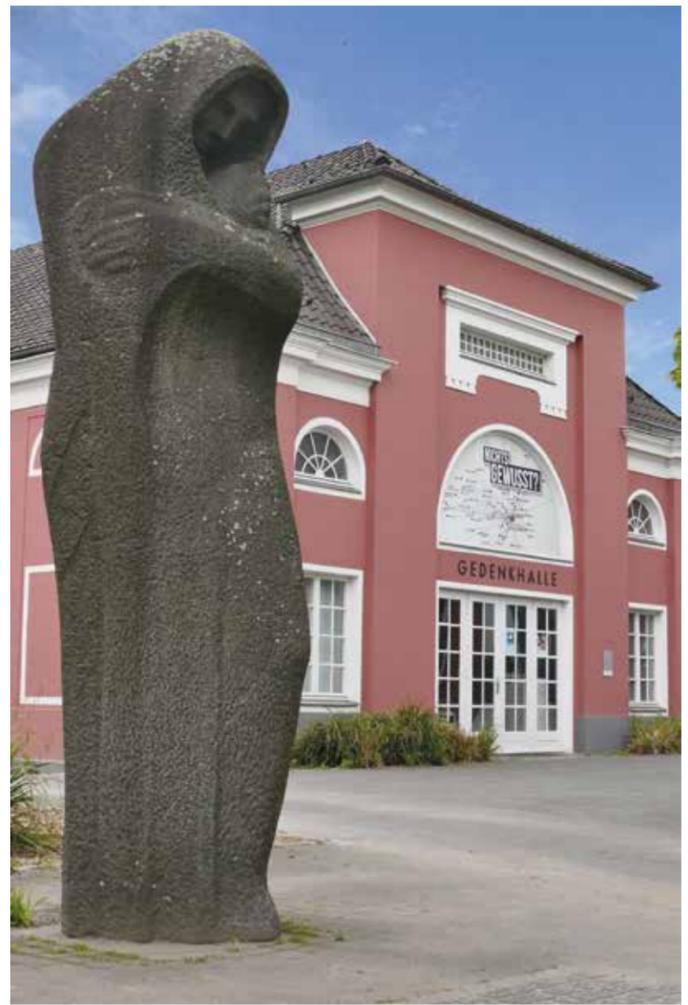
Die Gedenkhalle soll wachhalten, dass wir uns mit den Verbrechen des Nationalsozialismus auseinandersetzen müssen.

Luise Albertz, September 1962

schenwürde und Rechtsstaatlichkeit sind heute die Garanten dafür, dass Rassismus und Rechtsaußenpositionen nicht wieder Feuer legen, obwohl es kürzlich schlimme Ereignisse wie in Hanau oder Halle gab. Zu den Zeiten von Rosa schützte der Staat nicht alle seine Einwohner, doch zum Glück hat Deutschland nach 1945 viel dazugelernt.

Die einzige Gewähr

Da es heute leider immer noch oder wieder Personen, Gruppen und Parteien gibt, die nicht allen Menschen das gleiche wie sich selbst zugestehen, kann es nicht



schaden, sich in der Gedenkhalle die Geschichte des Nationalsozialismus, eines totalitären und undemokratischen Staates, zu vergegenwärtigen. Demokratie bedeutet im Gegenteil dazu, dass der Schutz jedes Menschen auch den Schutz unseres eigenen Lebens sicherstellt. Wer die Lehren aus der Geschichte in Frage stellt, wird zur Gefahr für die Demokratie, für Menschen und für den bestmöglichen, nämlich den friedlich-kooperativen Umgang miteinander. Mehr als 200 Menschen, die von Rechtsextremen in Deutschland seit den 1980er-Jahren ermordet wurden, lassen uns nicht naiv sein. Demokratie ist nicht einfach, aber die einzige Gewähr, dass es nicht noch einmal zur landauf landab akzeptierten Ächtung von Menschen kommt.

Rosa Lehrer wurde am 16. April 1929 geboren, sie wurde im August 1942 im Vernichtungslager Auschwitz ermordet. Hätte man sie nicht um ihr Leben gebracht, könnte sie heute noch leben, stolze 91 Jahre alt, vielleicht in einem Oberhausener Altenheim, vielleicht mit Kindern, Enkeln und Urenkeln – eine wegen des nationalsozialistischen Rassismus abgebrochene Familiengeschichte. Wie sähe es wohl in unseren Familienalben aus, wenn unsere Vorfahren verfolgt worden wären? Würde es uns überhaupt geben? Gestehen wir anderen zu, was wir selbst haben und genießen. Die Demokratie ist die einzige Garantie dafür.

Öffnungszeiten der Gedenkhalle Oberhausen und vieles mehr unter www.gedenkhalle-oberhausen.de



Normales Leben?!

Wozu das Ganze heute noch, fragen heutzutage nicht nur Rechtspopulisten: ist das nicht schon längst vorbei und erledigt?

STOLPERSTEINE

„Stolpersteine“ sind im Straßenpflaster verlegte kleine Erinnerungszeichen an Menschen, die den Nationalsozialisten zum Opfer gefallen sind. Sie werden dort verlegt, wo diese Menschen ihren letzten selbstgewählten Wohnsitz hatten. Auf diese Weise wird deutlich, dass wir heute an Orten wohnen, die eine Geschichte schon lange vor uns hatten. Erinnern heißt immer auch gedenken und darauf achten, dass ähnliche Verbrechen an Menschen zukünftig nicht wieder geschehen.

Foto links: Am 28.3.2017 wurden für Vita, Elias und Rosa Lehrer in der Stöckmannstraße 48 Stolpersteine verlegt, also dort, wo sie ihren letzten selbstgewählten Wohnsitz hatten.

DEMAGOGIE UND KRISE

Von Dr. Matthias Quent

Krisen führen Gesellschaften ihre Verletzlichkeiten, Ungleichheiten und Schattenseiten vor Augen. Wir erleben aktuell in der Coronapandemie, wie Missstände in verschiedenen Bereichen sichtbar werden: von menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen in der Fleischindustrie über Chancenungleichheit in der Bildung, problematischen Folgen der Globalisierung medizinischer Wirtschaftsketten, der prekären und zu geringen Entlohnung von Personen – meist Frauen – in systemrelevanten Tätigkeiten bis hin zu antisemitischen und rassistischen Ressentiments sowie Verschwörungsideologien. All das war auch schon vor der Krise da, doch die plötzliche und weitreichende Infragestellung der „alten Normalität“ führt zu neuen Extremsituationen und wirft ein Schlaglicht auf herrschende Probleme. Diese sind noch keinesfalls gelöst: die Folgen der wirtschaftlichen Verwerfungen, von sozialen Unruhen und von Verteilungskämpfen sind noch nicht absehbar. Es gibt gerade in der Krise viele rationale Gründe, gegen Ungerechtigkeit aufzubegehren. Doch wir erleben auch, wie extreme Rechte und Verschwörungsideologen von sozialen Problemen ablenken und die Krise instrumentalisieren, um ihren Zielen der weitreichenden Ungleichheit von Menschen auf Grundlage rassistischer und nationalistischer Gruppenegoismen näher zu kommen.

Nur wenige Wochen nach Beginn der Ausgangsbeschränkungen formierten sich in vielen deutschen Städten sogenannte „Hygienedemonstrationen“ von selbsternannten „Coronarebelln“. Bis auf wenige Ausnahmen beteiligten sich nicht sonderlich viele Menschen an diesen Protesten, doch die mediale Aufmerksamkeit war dennoch groß. Dies dürften insbesondere den schrillen Parolen geschuldet sein, die aus ihren Menschen in den sozialen Netzwerken auf die Straßen getragen wurden.



Dr. Matthias Quent ist Soziologe, Sachbuchautor und Direktor des Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft in Jena. Sein aktuelles Buch „Deutschland rechts außen“ wurde mit dem Preis „Das politische Buch 2020“ ausgezeichnet.

Menschen mit begründeten Sorgen wurden dabei vielerorts von rechtsextremen, populistischen und verschwörungsideologischen Akteuren vereinnahmt. Corona sei ein Schwindel oder der Virus sei in dunkler Absicht von Menschen gemacht, sind zwei der allgemeinsten Verschwörungsvorstellungen. Eine Studie der Universität Erfurt zeigte Erstaunliches: Viele Menschen, die sagen, dass der Virus ein Schwindel sei, meinen gleichzeitig, der Virus sei von Menschen gemacht. Das ist offenkundig ein Widerspruch, denn etwas, das gar



nicht existiert, kann schwerlich von Menschenhand entstanden sein. In ihrem neuen Buch „Fake Facts“ erklären Pia Lamberty und Katharina Nocun die Funktion solcher Vorstellungen: Es geht bei Verschwörungserzählungen oftmals nicht darum, dass sie besonders plausibel oder logisch sind, sondern vor allem darum, der von offiziellen Medien und der Politik verbreiteten Darstellung zu widersprechen und radikale Gegenpositionen einzunehmen. Darum ist es kaum möglich, Anhänger von Verschwörungsideologien sachlich mit besseren Argumenten zu überzeugen.

Verschwörungsdanken, Rechtspopulismus und Rechtsextremismus verbindet die Gegnerschaft gegen etablierte Institutionen der liberalen Demokratie – insbesondere Regierungen, Medien und Wissenschaft. Kein Wunder also, dass die Anhängerschaft der AfD auch in der Coronakrise besonders stark zu Verschwörungsdanken tendiert: Eine Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach wollte im Mai 2020 wissen, wie die Deutschen über die folgende Aussage denken, die die Existenz einer Verschwörung hinter dem Coronavirus nahelegt: „Man hört ja manchmal, dass es bei den Maßnahmen gegen die Corona-Krise um etwas ganz anderes geht als das, was Politik und Medien sagen. Ist das Ihrer Meinung nach etwas dran, oder ist das Ihrer Meinung nach ein unbegründeter Verdacht?“ Nur eine knappe Mehrheit von 56 Prozent hielt diesen Verdacht für unbegründet, 17 Prozent waren unentschieden und immerhin

27 Prozent der Befragten glaubten, da sei etwas dran. Der Blick auf die Parteieinigungen zeigt, dass mehr als dreiviertel der AfD-Anhänger*innen glaubten, die politischen Verantwortlichen verfolgten mit den Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie eigentlich ganz andere Ziele, während das bei den Wähler*innen der demokratischen Parteien im deutschen Bundestag nicht mal ein Drittel denkt. Verschwörungserzählungen können als Einfallstor oder als Rechtfertigung für rechte Ideologien dienen.

Der Populismus und auch der historische Nationalsozialismus speisen sich aus Krisen. Rechtsextreme spekulieren darauf, sich in Zeiten ideeller oder materieller Verunsicherung und Unzufriedenheit als „Alternative“ zu präsentieren. Die AfD gründete sich im Kontext der Eurokrise und radikalisierte sich in der sogenannten Flüchtlingskrise. Ihr nächstes Krisenthema sollte die Klimakrise sein, doch zunächst kam Corona dazwischen. Der Umgang von rechtsradikalen und verschwörungsideologischen Milieus mit der Klima- sowie mit der Coronakrise ähneln sich: Die Existenz einer Bedrohung wird geleugnet. Demagogen machen den Menschen vor: „Ihr müsst nichts ändern, das ist alles Manipulation!“ Es wird an Egoismus und Zukunftssorgen appelliert – und durch Übertreibungen und Lügen werden Ängste erzeugt und verstärkt. Die vielen Todesopfer durch Covid-19 in den USA und in Brasilien sowie die unter der dortigen rechtsextremen Regierung nochmal gesteigerte Zerstörung des Regenwaldes zeigen die katastrophalen Folgen rechter Politik. Auch hierzulande versuchen Rechtsextreme, die Pandemie zu nutzen, um neue Zielgruppen zu erreichen und diese beispielsweise davon zu überzeugen, dass die Deportation von Menschen aus Einwandererfamilien und die dauerhafte Schließung der nationalen Grenzen nötig sei. Nationalismus und Rassismus werden als vermeintliche Lösung angepriesen. Auch beliebt sind Narrative, die die Bundesrepublik mit dem Nationalsozialismus oder der DDR gleichsetzen. Das ist Unsinn, der die Schrecken von Shoa, Zweitem Weltkrieg und Diktatur sowie das Leid der Opfer verharmlost und ausblendet. Doch so können sich selbst Rechtsextreme als angebliche Retter der Demokratie inszenieren und erscheinen nicht als die antidemokratischen Aggressoren, die sie in Wirklichkeit sind.

Doch in der aktuellen Krise sind sogar weniger Menschen bereit, Rechtsextreme zu unterstützen, als vorher. Zwar haben diese vielerorts versucht, den Coronaprotesten ihren Stempel aufzudrücken, doch diese sind zumindest einstweilen schnell wieder abgeebbt. Auch die AfD profitiert nicht, sondern hat stattdessen in bundesweiten Prognosen mehrere Prozentpunk-

te an Zustimmung verloren. Die Rechtsaußenpartei ist nicht zuletzt durch die teilweise Beobachtung durch den Verfassungsschutz selber in eine Krise geraten. In Prognosen profitiert derzeit vor allem die CDU, die in der Krise offenbar als handlungsfähig, verlässlich und stark wahrgenommen wird. Gibt es also keinen Grund zur Beruhigung? Tatsächlich wissen wir nicht, was in dieser Krise noch vor uns liegt. Kommt eine zweite

Welle? Wird es in der Wirtschaftskrise demnächst große Verteilungskonflikte geben, in denen es den Rechtsextremen gelingt, die Bevölkerung rassistisch und Europa nationalistisch zu spalten? Wie diese Fragen ausgehen werden, hängt davon ab, ob es uns gelingt, menschliche, gerechte und solidarische Antworten auf die Probleme zu finden, die durch die Krise sichtbar werden.

EIN HALBER LITER PILS

In den 60er- und 70er-Jahren konnte man an Wahlsonntagen komplette Familien beobachten, deren Mitglieder in Ausgehklamotten zum Wahllokal flanierten, um dort ihre Stimmen abzugeben. Bei der Bundestagswahl 1972 lag beispielsweise die Wahlbeteiligung bei über 90 Prozent. Gut. Da konnte man auch noch Willy wählen. Da dachte man an der Wahlurne noch: „Den will ich!“ Heute überlegen sich viele ja: „Gehe ich überhaupt hin?“ Und dazu gibt's nur eine Antwort: „Ja, sicher, Leute!“ Denn im Gegensatz zur Corona-Pandemie ist Zu-Hause-Bleiben bei Wahlen das Dümme, was man machen kann. Bei den US-Präsidentenwahlen 2016 sind z.B. knapp die Hälfte der Wahlberechtigten nicht hingegangen. Beinahe 50 Prozent Nichtwähler. Und das Ergebnis? Genau. Nichtwähler wählen Nichtpolitiker. Bloß sitzen die einen danach weiter zu Hause rum und die anderen in der Regierung. Und das ist das Problem. Aber wie kriegt man Nichtwählerinnen und -wähler an den Wahlzettel? Hier mal eine Idee. Die Corona-Krise hat ja gezeigt: Wenn man den Bürgern dieses Landes im Fernsehen nur lang genug leer gefegte Nudelregale präsentiert, dann wollen alle Spaghetti haben. Darum mein Vorschlag: man könnte testweise mal einen Monat vor den Kommunalwahlen im September öffentlich verbreiten, dass die Wahlzettel knapp werden. Und dann zeigt man regelmäßig in der WDR-Lokalzeit leere Fächer mit Schildern, auf denen steht „Liebe Wähler. Leider sind Wahlbriefe zurzeit nicht lieferbar.“ Und wenn dann die erste Prügelei zwischen zwei Wahlberechtigten um den letzten Wahlschein stattfindet, dann ist am Wahltag aber die Hütte voll. Sicher, es wäre auch möglich, die Menschen über einen mitreißenden Wahlkampf und/oder charismatische Politiker fürs Wählen zu begeistern, aber ... nunja ... vielleicht probiert man's lieber erstmal so. Oder man legt den Wahltag auf

einen Montag. Und jeder, der wählen geht, hat dann frei. Den entsprechenden Nachweis für die Schule oder den Arbeitgeber gibt's im Wahllokal. Und dazu noch ein Bier. 0,5 Liter, eisgekühlt und frisch gezapft. Ich bin mir sicher, das würde nicht nur die Wahlbeteiligung, sondern auch die Stimmung unter den Wählern stark anheben. Natürlich mit Abstand. Das ist klar. Pro Wahlkabine nur eine Person und ein Pils. Eine zukunftsweisende Investition in die Demokratie! Wenn man als Erstwähler zusammen mit dem Wahlzettel einen freien Tag und ein großes Bier bekommt, das ist doch eine Erfahrung, die behält man für sein ganzes Leben in guter Erinnerung. Und dann geht man immer wieder gerne hin. Auch zur nächsten Bundestagswahl. Aber wer bezahlt das Bier? Das ist die Frage. Das dürfte ja nicht parteigebunden sein. Logisch. Die Lösung ist einfach. Dafür nimmt man Steuergelder. Dann zahlen wir das alle gemeinsam. Und sehen auch direkt, was wir dafür bekommen. Und wenn man mal einen Blick auf andere steuerfinanzierte Projekte der letzten zehn Jahre wirft, dann kann man beruhigt sagen: im Vergleich schneidet ein Pils am Wahltag da sehr gut ab. Prost! Gehen Sie wählen und bleiben Sie gesund. Bis die Tage.

Matthias Reuter



NACHHALTIG BEEINDRUCKT

Von Stefanie Mantaj

In Buchenwald realisiert man, wie sehr uns dies alles auch heute noch betrifft... so hört man von jungen Oberhausener*innen, die in den vergangenen Jahren die Gelegenheit wahrgenommen haben, mit dem Jugendclub Courage die Gedenkstätte Buchenwald bei Weimar zu besuchen. Einige Zeit nach dem Aufenthalt haben wir nachgefragt, was sie nachhaltig beeindruckt hat und warum die Gedenkstättenfahrt für sie wichtig war. Dabei sind bemerkenswerte Statements zu Tage getreten.

Nicht schon wieder Nazis, das mag so mancher Jugendlichen in der Schule gedacht haben, wenn im Geschichtsunterricht die Zeit des Dritten Reichs auf dem Plan stand. Einer der Gründe, warum der Jugendclub Courage e.V. mehrtägige Gedenkstättenfahrten für junge Erwachsene organisiert, sind die vielfältigen Möglichkeiten, welche die Bildungsarbeit der Gedenkstätte Buchenwald in der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit und der Gegenwart bietet. Seit 2009 haben mehr als 500 Jugendliche an den Fahrten teilgenommen.

Die stille Schönheit der naturbelassenen Umgebung steht in völligem Kontrast zu dem Grauen.

Leon W.

Viele der Jugendlichen empfinden den authentischen Ort als zwiespältig. Das menschenverachtende Verbrechen des Nationalsozialismus an diesem besonderen Ort ist schwer zu begreifen. Die Nachvollziehbarkeit und die Anregung, sich intensiv auseinanderzusetzen, kann in den Gedenkstätten gewährleistet werden.

„Die stille Schönheit der naturbelassenen Umgebung rund um die Gedenkstätte Buchenwald. Sie steht in völligem Kontrast zu dem Grauen, das während des Zweiten Weltkrieges auf dem Boden des ehemaligen KZ stattgefunden hat, und stellt – je tiefer man in die Geschichte des Ortes eintaucht – in perfider und paradoxer Weise die Schrecklichkeit des NS und seiner Auswirkungen da.“ (Leon W.)

„Die traurig-trostlose Atmosphäre, die wie ein Schatten über dem Ettersberg und der gesamten KZ-Anlage lag und allein durch die Tatsache, dass wir „vor Ort“ waren und die Struktur des ehemaligen KZ hautnah miterlebten, ging einem das Ganze deutlich näher als die Bearbeitung des Themas in der Schule und verschafft einem eine viel genauere und intensivere Perspektive auf die Thematik.“ (Jonas M./Laura F./Can K.)

„Das Eingangstor, auf dem der perfide Spruch „Jedem das Seine“ steht, ... Worte, die nach der Besichtigung der Gedenkstätte umso höhnischer und menschenverachtender wirken.“ (Jana L.)

Man sieht noch genau, wo die Baracken standen, sie waren völlig überfüllt und die Gefangenen lebten dort unter erniedrigenden Bedingungen in einer absurd durchdachten Strukturiertheit, mit der die Häftlinge zu Zehntausenden in dem Lager gefangen gehalten, ausgezehrt, gefoltert und in eigens errichteten Tötungsanlagen ermordet wurden. (Fabian P./Jonas M.)

Der Gang durch das Krematorium, der Ort, an dem unzählige Leichen der im KZ gestorbenen Arbeiter verbrannt wurden und das Lesen der Opfer-Namen lösten einen Prozess des Begreifens aus, dass man sich gerade an einem Ort befand, an dem Menschen andere Menschen menschenunwürdig behandelt haben. (Jana L.)

Bei den Gedenkstättenfahrten können sich die Jugendlichen aktiv an der Recherche nach Überresten beteiligen. Dies wird von vielen

ehemaligen Teilnehmenden als sehr beeindruckend beschrieben. So kann geschafft werden, dass sich die Jugendlichen als aktiven Teil der Erinnerung und des Gedenkens empfinden.

„Das gemeinsame Graben, der Ausgrabungs-Workshop auf der Müllhalde nach Überbleibseln aus dem Alltag des KZ ist mir besonders in Erinnerung geblieben. Wir fanden zwei Häftlingsnummern, zu denen im Archiv Informationen verfügbar waren, sodass man einen Eindruck von der Person bekommen konnte, zum Beispiel woher sie kam, warum sie verhaftet wurde.“ (Marvin B./Christopher S.)

Die Zeit des NS und damit auch das Massenmorden ist Teil unserer Geschichte und wir tragen damit die Verantwortung des Erinnerns.

Leon W.

„Die Restaurierung und Dokumentation der Fundstücke haben uns die Geschichte noch nähergebracht. Diese Gegenstände lagen nun vor uns auf dem Tisch. Sie haben anderen Menschen einmal etwas bedeutet und ich fühlte mich den Opfern verbunden und realisierte, dass so etwas nie wieder geschehen darf.“ (Lea W./Lea P.)

„In der Schule erhält man durch Dokumentarfilme oder den Geschichtsunterricht zwar einen Eindruck von der damaligen Zeit; aber man sitzt immer noch im sicheren Klassenzimmer. In Buchenwald entsteht unmittelbar das Gefühl, man würde zum ersten Mal von etwas Derartigem hören. Die Atmosphäre vor Ort kann durch kein Bild und keine Erzählung wiedergegeben werden und es ist etwas völlig anderes, eigene Eindrücke und Wahrnehmungen zu empfinden.“ (Philip B./Jonas M./Julian B.)



Aus der Geschichte lernen und eigene Schlüsse für heute zu ziehen, ist eine der Motivationen, warum Gedenkstättenfahrten immer auch mit der heutigen Realität in Verbindung gebracht werden müssen. Ich kann mich nicht erinnern, jemals in meinem Leben an einem derart berührenden und zugleich spannenden Ort gewesen zu sein. Die Zeit des NS und damit auch das Massenmorden auf deutschem Boden ist Teil unserer Geschichte und wir tragen damit die Verantwortung des Erinnerns. (Leon W.)

Jede*r sollte sich dieser beklemmenden Situation und dem Gefühl des Entsetzens stellen – nicht, weil wir uns schuldig fühlen müssen, sondern um zu spüren, dass sich solches Gedankengut und solche Taten nie wieder durchsetzen dürfen und mit aller Macht verhindert werden müssen. Nicht zuletzt aufgrund der politischen Lage, in der immer wieder deutlich wird, dass es auch heutzutage genug Menschen gibt, die aktiv andere Menschen ausgrenzen und diskriminieren. (Jana L./Verena S.)

Besonders in der heutigen Zeit, in der Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung wieder salonfähig werden, sollte man sich der Auswirkungen bewusst sein, zu welchem Leid dies führen kann. (Alper D.)

Geschichtsunterricht sollte häufiger auch außerhalb der Schule durchgeführt werden. Denn das Wissen um historische Ereignisse, um Hintergründe und um die konkreten Folgen für die Menschen

kann und muss uns beeindrucken. Die Jugendlichen, die an den Gedenkstättenfahrten teilgenommen haben, wissen auch Jahre danach um ihren Anteil an dem Versprechen, dass sich so etwas „NIE WIEDER“ ereignen darf. Sie haben gesehen und nachvollziehen können, welche grausame Ideologie der Nationalsozialismus in seiner perfiden Umsetzung gewesen ist. Und wir können damit sicherlich die Hoffnung verknüpfen, dass sie jederzeit bereit sind, unsere Demokratie wert zu schätzen und gegen rechten Populismus zu verteidigen.

Das Ganze ging einem deutlich näher als die Bearbeitung des Themas in der Schule.

Laura F.

Die Gedanken und Erinnerungen der Jugendlichen wurden von Wolfgang Flik (ehemaliger Lehrer am Bertha-von-Suttner-Gymnasium) für eine (Foto)Ausstellung zum Jahrestag der Befreiung von Auschwitz-Birkenau gesammelt und zusammengestellt.

NRWweltoffen

Das Land NRW und Oberhausen sind weltoffen

Vielfalt und Toleranz sind die Eckpfeiler unserer Demokratie. Mit dem Programm „NRWweltoffen“ handeln das Land NRW und die Stadt Oberhausen gegen Rechts-extremismus und Rassismus.

Ideen, Fragen, Anregungen an: André Wilger
Stadt Oberhausen
Telefon: 0208 - 85 000 7089
E-Mail: nrweltoffen@awo-oberhausen.de

NRWweltoffen

KINDERRECHTE SIND KINDERSCHÄTZE

Schon der erste Blick in die unscheinbar wirkenden Kisten bringt sowohl die Kinder als auch die AWO Schulsozialarbeiter*innen zum Strahlen. Ausgestattet mit umfassendem Material lassen sich die Kinderrechte spielerisch erkunden. Von Büchern bis hin zu Kooperationsübungen ist alles dabei.

Die Materialboxen mit dem Titel „Kinderrechte sind Kinderschätze“ konnten erstmalig von Oberhausener Schüler*innen im AWO-Sommerferienprojekt geöffnet

und ausprobiert werden. Die Neugierde und Aufregung der Kinder, was sich in den vier verschiedenen Boxen verbirgt, erzeugte vor dem Öffnen ein Spannungsmoment. Neben einer gut ausgestatteten „Kinderrechte Basic-Box“ sind Boxen zu einzelnen spezifischen Unterthemen zusammengestellt. Dazu zählen die Themen: Gleichberechtigung, Selbstwirksamkeit und der Blick auf die eigene Persönlichkeit. Ziel des Projektes ist, Kindern ihre Rechte näherzubringen, damit sie diese selbstbewusst vertreten können.



v.li., oben: Umut, Mia, Eve, Fiona, Sahin und Ekrem; unten: Ali, Sina, Khadija, Bilen, Kimberly und Laurell

CHARLES DICKHED's DIE WAHLNACHTS-GESCHICHTE

BEARBEITET VON
CHRISTIAN SCHARFENBERG UND STEFF MURSCHEZ

IN EINEM SELTAM
VERTRAUTEN LAND...

HUMBUG!



ENDE

VIELFÄLTIG STATT EINFÄLTIG

Die Geschichte des Runden Tisches in Oberhausen

Von Cornelia Schiemanowski

Schon in den 1980er- und 1990er-Jahren gab es breite Bündnisse zwischen Kirchengemeinden, Gewerkschaften und Parteien, um gegen rechte Hetze und Gewalt zu protestieren. Seit 20 Jahren gibt es in Oberhausen das Bündnis, das heute unter dem Namen „Runder Tisch gegen Rechts/Antifaschistisches Bündnis Oberhausen für Demokratie und Toleranz“ bekannt ist. Zu seiner Geschichte und den Aktivitäten gibt es einiges zu erzählen.

Schon mehrere Jahre bevor die Bundesregierung im Oktober 2000 zu einem „Aufstand der Anständigen“ gegen rechte fremdenfeindliche Gewalt aufrief, engagierten sich in Oberhausen die soziokulturellen Zentren und viele unterschiedliche Institutionen gegen diese Gewalt und das dahinterstehende Gedankengut. Hintergrund waren die um die Jahrtausendwende zunehmenden Gewalttaten gegen Ausländer*innen sowie bundesweite Anschläge gegen Wohnheime und Synagogen.

Am 27. Juli 2000 explodierte dann am Bahnhof Düsseldorf-Wehrhahn eine mit TNT gefüllte Rohrbombe. Zehn Menschen wurden zum Teil lebensgefährlich verletzt. Eine im fünften Monat schwangere Frau verlor ihr ungeborenes Kind. Wenige Wochen später galt ein weiterer Anschlag der Düsseldorfer Synagoge. In Oberhausen verteilten organisierte Neonazis im Zentrum Altenberg Flugblätter mit antisemitischen Inhalten.

Aufstand der Anständigen

Überall gingen daraufhin Menschen gegen rechte Gewalt auf die Straße. Die Bundesregierung rief zum erwähnten „Aufstand der Anständigen“ auf. Die Landesregierung NRW unterstützte die Städte und Gemeinden mit dem Programm „Kommunen gegen Rechtsextremismus“. Ziel war die Aufklärung gegen den anwachsenden Rechtsextremismus und die Förderung von Maßnahmen und Projekten gegen Rechtsradikalismus und für Demokratie, Toleranz und Fremdenfreundlichkeit. Die Förderung von 1 DM pro Einwohner bedeutete für Oberhausen im Jahr 2001 einen Betrag von 220.000 DM.

Das Kommunale Bündnis, das für Demokratie, Toleranz und Fremdenfreundlichkeit steht und das im Herbst 2000 auf Initiative von Oberbürgermeister Burkhard Drescher, Stadtdechant Emil Breithecker und Superintendent Dieter Hofmann zusammen mit Vertretern von 71 Gruppen, Parteien, Gewerkschaften und Vereinen gegründet wurde, nutzte diese Mittel vor allem für Bildungsmaßnah-

men. Darunter waren ein deutsch-polnischer Schüleraustausch sowie Vorträge und kulturelle Veranstaltungen für das Miteinander der Kulturen. Die Ergebnisse wurden im September 2002 in einer gemeinsamen Broschüre dokumentiert.

„Auch wenn die Landesförderung nun ausläuft, werden wir weitermachen“, stellten Oberbürgermeister Burkhard Drescher, Stadtdechant Breithecker und der evangelische Superintendent Dieter Hofmann im September 2009 fest. Die überzeugende Zusammenarbeit und Unterstützung innerhalb des Bündnisses ließ auch keinen anderen Schluss zu.

Protest erfolgreich

Der Runde Tisch blieb bestehen, zunächst ohne spektakuläre Aktivitäten. Das änderte sich, als 2007 NPD-Infostände in der Innenstadt angemeldet wurden. Die Mitglieder des Kommunalen Bündnisses wurden zusammengerufen und im März 2007 protestierten empörte Bürgerinnen und Bürger gegen das erste öffentliche Auftreten der NPD in Oberhausen seit 1978. Bei diesem einmaligen Auftritt blieb es nicht, es kam zu weiteren Infoständen auf dem Altmarkt und in Holten. Jedes Mal konnte das Kommunale Bündnis eine Gegenkundgebung organisieren. Und der anhaltende Protest war schließlich erfolgreich, denn die NPD stellte ihre Infostände im folgenden Jahr ein.

Die Arbeit des Runden Tisches muss eine Haltung werden.

Emil Breithecker 2002

Zwischenzeitlich hatte sich das Bündnis umbenannt in „Antifaschistisches Bündnis Oberhausen für Demokratie und Toleranz“. Koordiniert wurde die Arbeit des umgangssprachlich Runden Tisches von einem ehrenamtlich tätigen Lenkungsgremium. Ziel und Selbstverständnis war ein Aktionsbündnis, das bei öffentlichen Auftritten (Demos, Infoständen usw.) rechter Organisationen in Oberhausen legale und gewaltfreie Gegenmaßnahmen (Gegenkundgebung, Information, Kultur) organisierte und/oder koordinierte. Kultur- und Friedensfeste, immer begleitet von Gegenkundgebungen, waren in den nächsten Jahren die Antwort auf rechte Kundgebungen und islamfeindli-

che Propaganda von rassistischen Gruppierungen wie Pro NRW. Der besonders frechen Provokation, eine Kundgebung ausgerechnet am 1. Mai 2015 in Osterfeld durchzuführen, begegnete der Runde Tisch mit dem Aufruf zu einer erfolgreichen Gegenkundgebung. Viele Oberhausener*innen feierten an diesem Tag unter dem Motto „Rassismus und Rechtspopulismus stoppen“!

Anstieg rechter Gewalt und Hetze

Besser wurde es leider nicht. Die sprunghafte Zunahme von rechter Gewalt und Hetze im Jahr 2015 war eine besondere Herausforderung für den Runde Tisch. Zwei Brandanschläge gegen Flüchtlingsunterkünfte und ein nächtlicher Aufmarsch von Rechten vor einem Flüchtlingsheim in Oberhausen zeigten, dass rechte Hetze und Gewalt auch in Oberhausen versuchten, Fuß zu fassen. Hinzu kam die AfD, vor der der Runde Tisch zwar schon 2013 als rechtspopulistischer und rassistischer Partei gewarnt hatte, die seit 2015 aber ungeniert für völkisches Denken, Fremdenfeindlichkeit und Nationalismus Propaganda macht.

In diesem Jahr startete auch die Beteiligung Oberhausens am Bundesprogramm „Demokratie leben“. Viele Projekte kirchlicher Gruppen, von Stadtteilzentren und Schulen zur Stärkung der Demokratie und zur Ächtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit konnten und können dadurch jedes Jahr gefördert werden. Dirk Paasch übernahm die neue Koordinierungs- und Fachstelle, die bei der AWO eingerichtet wurde. Er koordiniert seither zusammen mit ehrenamtlichen Mitgliedern in einem Lenkungsgremium die Arbeit des Runden Tisches.

Nachdem führende AfD-Funktionäre öffentlich zu einer Jagd auf „die 68er“ und zu einer 180°-Wende der deutschen Geschichtsschreibung aufgerufen hatten, lehnte der Runde Tisch erneut in einer Stellungnahme jegliche Zusammenarbeit mit der AfD ab. An der Gegenkundgebung des Runden Tisches gegen den Landesparteitag der AfD im Jahr 2017 nahmen laut Presseberichten 1.400 Personen teil. Seither kommt es immer wieder zu Infoständen der AfD und dieser Partei politisch nahe stehenden Gruppierungen, die Aktionen des Runden Tisches erforderlich machen.

Alle zeigen Flagge

Stolz ist der Runde Tisch auf die gemeinsam mit dem Bundesprogramm „Demokratie leben!“ durchgeführte Banner-Aktion, die im Jahr 2018 große Wellen schlug. An die 80 Organisationen

aus Zivilgesellschaft, Vereinen, Verwaltung, Firmen, Wohlfahrtsorganisationen, Politik, Schulen und viele mehr sind bisher an der Aktion „Oberhausen hat keinen Platz für Rassismus“ beteiligt. Die Broschüre, die damals gedruckt wurde, zeigt die Breite der Stadtgesellschaft, die Gesicht zeigt gegen Rassismus und für Demokratie.

Diese Stadtgesellschaft, die ja die Grundlage unseres Bündnisses ist,

ist in den nächsten Jahren mehr denn je gefordert, Flagge zu zeigen: Gegen rechte Gewalt, gegen Islamfeindlichkeit genauso wie gegen Antisemitismus, gegen rückwärts-gewandte nationale Alleingänge. Zeigen wir alle Flagge für grenzübergreifende Solidarität mit den Ausgegrenzten, Schwachen und Unterdrückten.

WO SIND DIE FRAUEN?

Coronalfragen

Was wir gelernt haben in den Corona-Monaten, ist – unter anderem – einiges über Systemrelevanz.

Überraschenderweise sind es gerade die Frauenberufe, die in der Krise an Bedeutung gewonnen haben. Aha! Wie geil ist das denn?! Gemeint sind bestimmt die ganzen freien Journalistinnen, Künstlerinnen, Musikerinnen, Autorinnen, Fotografinnen, Schauspielerinnen? Nicht? Ach!?! Die sind nicht systemrelevant?

Ganz abgesehen von der Frage, welches System hier eigentlich gemeint ist, stellen wir fest, dass immer noch die ganze freie Kultur – und da meine ich die Männer natürlich mit – unter den Förderungstisch fällt. Wenn überhaupt, bleibt Hartz 4. Eine Lehre, die uns eine Lehre sein sollte!

Aber was ist mit den Frauen, die ganz nah an der systemrelevanten Front arbeiten? Also Pflegekräfte und Kassiererinnen?

Die Damen haben so viel abendlichen Applaus von Balkonen bekommen, und so viel Erwähnung gefunden in den inhaltlosen Reden von Politikern – und hier meine ich vor allem die Männer, und ich meine die Politikerinnen, die ihre weibliche Solidarität zwischen Karriere-sprüngen und Lobbygehorsam vergessen haben – das muss erst mal für Jahre reichen. Eine Veränderung der Bezahlung dieser relevanten Berufe ist wohl nicht in Sicht. Und würde das System auf den Kopf stellen. Oder endlich auf die Füße?

Nebenbei: Einer der besten Scherze der Corona-Witze war die Empfehlung, die Lufthansa-Milliarden an die Pflegekräfte auszuzahlen, aber dafür allabendlich der Flugfirma zu applaudieren. Fand ich 'ne nette Idee.

Und die ganzen anderen Frauen? Die Virologinnen? Die Wissenschaftlerinnen? Die Expertinnen? Gibt's da keine? Echt jetzt? Oder sind sie – wie so viele – im Homeoffice-Vakuum verloren gegangen?

Vor allem dann, wenn sie außerdem noch den Fehler begangen haben, Mutter zu sein? Kinderbetreuung und Heim-Arbeit lassen sich kaum vereinbaren. Und wenn frau schon von der Relevanz-Fläche verschwindet, dann kann sie ja auch kochen. Zurück zum Herd. Und einkaufen. Bisschen putzen? Waschen? Und trösten – auch den Mann. Gerade den Mann. Damit dem nicht die Hand ausrutscht? Waren das nicht schon immer die Kernkompetenzen von uns Frauen?

Wir sind emphatisch, krisenfest, risikovermeidend und teamorientiert. Und was machen wir mit all diesen Vorzügen? Wir verschicken uns. Unterbezahlt, gar nicht bezahlt, aus Liebe. Oder weil es ja irgendjemand machen muss. Ist das so? Oder manifestieren wir damit ein System, für das unsere Arbeit relevant ist, nicht aber unsere Forderung nach Gleichberechtigung? Wollen wir das?

Zum Abschluss ein kleines Rätsel. Es hat mit Viren und Frauen zu tun:

Was haben diese Länder gemeinsam? Taiwan. Neuseeland. Island. Norwegen. Finnland. Dänemark. Und Deutschland. Na?

Gerburg Jahnke



GEGEN RASSISMUS

Integrationsrat unterstützt Proteste

Weltweit sorgt die Ermordung von George Floyd für Bestürzung und Schlagzeilen. Der Afroamerikaner Floyd ist eines von vielen Opfern rassistischer Polizeigewalt in den USA. Nicht nur in den Vereinigten Staaten, auch in unserem Land, der Bundesrepublik Deutschland ist institutioneller Rassismus insbesondere bei Teilen der Sicherheitsbehörden an der Tagesordnung.

Dass dieses Problem seitens der Politik nicht konsequenter angegangen wird, ist nicht länger hinnehmbar.

Nagihan Erdas

Nagihan Erdas, Vorsitzende des Integrationsrates der Stadt Ober-

hausen, erklärt: „Ich bin zutiefst betroffen und schockiert über den Tod von George Floyd. Das ist ein weiteres Ereignis im Jahr 2020, das uns vor Augen führt, dass Rassismus ein tödliches Gift ist, und mit allen demokratischen Mitteln bekämpft werden muss. Dass dieses Problem seitens der Politik nicht konsequenter in allen behördlichen und gesellschaftlichen Bereichen angegangen wird, ist nicht länger hinnehmbar!“

Konsequenzen ziehen

In Deutschland häuften sich 2020 rassistische Anschläge und Drohungen. Vor kurzem wurde der Mord an dem erst 15-jährigen Arkan Hussein Khalaf, der aus dem Irak hierher fliehen musste, bekannt. Bezeichnend ist hierbei, dass seitens der Ermittlungsbehörden die Motive solcher Anschläge und Gewaltverbrechen oftmals

nicht als rassistisch benannt werden. „Aus den fehlgeleiteten Ermittlungen in der Mordserie, die der NSU ungehindert über Jahre verübte, wurden keinerlei Konsequenzen gezogen“, stellt Erdas klar. „Im Gegenteil: Racial Profiling ist auch hierzulande an der Tagesordnung. Immer wieder berichten Zeitungen von rechtsextremen Umtrieben in Polizei und Bundeswehrkreisen. Dass der Verfassungsschutz – nach zwei Anwerbeversuchen des Komplizen des Regierungspräsidenten Lübcke – beide Rechtsextremisten anschließend aus dem Visier verloren hatte – all das macht mich fassungslos.“

Engagement für Demokratie stärken

Rechtsextremismus und Rassismus kann nicht allein durch Stär-

kung der Sicherheitsbehörden etwas entgegengesetzt werden. Insbesondere dann nicht, wenn diese offenbar immer wieder eher durch einen rassistisch getriebenen Blick oder gar Unterstützung rechts-extremer Gewalt auffallen. Hier braucht es dringendst Aufklärung und wirksame Kontrollmechanismen. Das zivilgesellschaftliche Engagement für Demokratie und Vielfalt muss massiv gestärkt werden. Weitergehende, grundlegende Maßnahmen gegen Rassismus bestehen in der rechtlichen, sozialen und kulturellen Gleichstellung von Kindern, Frauen und Männern mit internationaler Geschichte. Zentral ist hierbei die Erkenntnis, dass Migrantinnen und Migranten Potenziale einbringen, die uns als gesamter Gesellschaft zugutekommen! „Es muss uns klar sein und bewusst werden, dass Rassismus sich nicht nur gegen die Hautfarbe richtet, sondern vielmehr das Andersartige wie z.B. Herkunft, Hautfarbe, Religion, Sprache oder

sexuelle Orientierung als Bedrohung dargestellt wird. Wir unterstützen den gesellschaftlichen Protest gegen Rassismus.“, so Erdas abschließend.



Nagihan Erdas, Vorsitzende des Integrationsrates der Stadt Oberhausen

WIEDER SOLIDARITÄT LEBEN

Für Hermann-Josef Schepers ist Gerechtigkeit ein hohes Gut

Er ist eines der Gesichter Osterfelds und weit darüber hinaus. Noch im vergangenen Jahr wurde Hermann-Josef Schepers mit dem Ehrenzeichen des Bistums Essens ausgezeichnet. Die Ehrung nahmen Stadtdechant Peter Fabritz und der Osterfelder Pfarrer Christoph Wichmann vor.

Ein denkwürdiger Tag für den umtriebigen und stets engagierten Katholiken Hermann-Josef Schepers. Aber auch Lohn für langjähriges soziales Engagement und den unermüdlichen Einsatz für Integration und Gerechtigkeit. Im Gespräch mit Klaus Offergeld und Dirk Paasch von „Demokratie leben!“ eröffnet Schepers Blicke in das weite Feld seiner Tätigkeiten und beginnt mit einer bemerkenswerten Geste.

Herr Schepers, Sie haben uns zu Beginn Ihre Visitenkarte mit Wappen darauf überreicht. Warum gerade dieses Wappen?

Schepers: Das ist das Osterfelder Stadtwappen. Ich bin Osterfelder, zwar mit einer westfälischen Familie, habe aber immer hier gelebt. Ich bekenne mich zu diesem Stadtteil, habe hier unzählige Aktivitäten entwickelt, hier ist mein Zuhause. Aber mein Engagement geht natürlich weit darüber hinaus. Ich verstehe mich als christlich-sozialer Mensch, der gerne hilft. So kennen mich die Leute.

Zum besseren Verständnis für Leute, die Sie tatsächlich noch nicht oder nur flüchtig kennen, geben Sie uns doch mal kurz ei-

nen Einstieg in Ihr Leben, Ihren Beruf und in Ihr langjähriges Engagement.

Schepers: Okay, ganz kurz. Ich habe die Volksschule besucht und dann bei der GHH Dreher gelernt. Aber schon damals war mir klar, dass ich mich weiterbilden und mehr lernen muss, wenn ich künftig einmal Führungsaufgaben übernehmen möchte. Also habe ich Maschinenbau und Fertigungstechnik studiert, wusste aber auch gleichzeitig, dass ich mich in Sachen Menschenführung weiterentwickeln muss. Das war der Weg.

Das scheint ja ganz gut geklappt zu haben. Wie ging es weiter?

Schepers: Eigentlich immer mehr. 1973 fing ich bei Babcock als Sicherheitsingenieur an, war aber bereits ein Jahr zuvor dem KAB [Katholische Arbeitnehmer-Bewegung] beigetreten und ging 1974 in die CDU. Wichtig war für mich die katholische Soziallehre, gleichzeitig pflegte ich einen guten Draht zum Betriebsrat. Seit 1979 bin ich politisch aktiv und möchte auch nach der anstehenden Kommunalwahl noch einmal in die Bezirksvertretung Osterfeld-Heide.

Kommen wir zu Ihren vielfältigen Betätigungsfeldern, diesmal ausgesprochen politischer Natur. Sie haben sich an Demonstrationen gegen Rechts und Rechtspopulisten beteiligt und dabei auch öffentlich gegen die NPD und andere Rechtsaußen demonstriert. Was war dabei Ihre Triebfeder, was hat Sie aufgewühlt?

Schepers: Diese Leute sind menschenfeindlich und dabei sind wir doch alle vor dem Gesetz gleich. Mich treibt mein Gerechtigkeits-sinn an und zwar sehr tiefgreifend. Das war schon immer so.

Gemeinsam gegen Rassismus und Rechtsextremismus – auf der Straße und in der Arbeitswelt

Henrike Eickholt, ver.di Bezirks-geschäftsführerin 2016

Eines Ihrer Projekte war und ist die Zusammenarbeit mit der Gesamtschule Osterfeld [GSO], also mit jungen Menschen. Was hat Sie dahin gebracht und vor allem, was waren Ihre Beweggründe?

Schepers: Zunächst einmal hatte ich als Osterfelder großes Interesse daran, die dunkle Geschichte aufzuarbeiten, die unter den Nazis auch hier stattfand. Auf der Zeche Osterfeld gab es Zwangsarbeiter-lager, was ich anfangs wirklich nicht geglaubt hatte. Aber es war so, Karten und diverse andere Belege beweisen das. Die Zusammenarbeit mit der Arbeitsgruppe der GSO war von Anfang an sehr konstruktiv und total engagiert. Mir zeigt das noch heute, dass mit den jungen Menschen viel mehr gesprochen werden muss, dass es allgemein an Jugendarbeit mangelt und dass sich die Schülerinnen und Schüler sehr für unsere

Geschichte interessieren und sich richtig in die Aufarbeitung reinknien. Diese Arbeitsgruppen der Jahrgänge 11 und 12 gibt es seit 2014 und wird es auch künftig geben. Das ist mit der GSO nach dem Schulbeginn im September bereits vereinbart.

Wie sieht die Arbeit in und mit den AGs konkret aus?

Schepers: 2017 haben die Schüler das Arbeitslager als Modell nachgebaut. Durch eigene Recherchen erfuhren sie, dass das Lager von SS-Leuten bewacht wurde, dass damalige Gefangene für Kinder gebastelt hatten und dass die Gefangenen von außen mit Lebensmitteln versorgt wurden. Dieses Wissen erzeugt Solidarität, die heute aus meiner Sicht zu wenig gelebt wird. Zum regelmäßigen Programm gehören Fahrten in die Gedenkstätte Buchenwald.

Stimmen aus dem rechten Spektrum werden heute wieder laut. Wir beurteilen Sie die alte Geschichte und das, was sich jetzt wieder tut? Macht Ihnen das Sorge?

Schepers: Was sich mittlerweile wieder ereignet, was wieder offen gesagt wird, ist eigentlich undenkbar. Vieles auch aus dem Grundgesetz geht verloren. Es müssen viel mehr Gespräche geführt werden, wir müssen unsere Gedanken transportieren und wieder Solidarität leben. In diesem Zusammenhang sind wir als ältere Menschen gefragt. Überzeugte Vorbilder sind wichtig für die Jugendlichen.



OMAS GEGEN RECHTS
politisch, laut und auffällig

Von Dirk Paasch

Ihre Schilder sind bei Demonstrationen ein echter Hingucker: Nicht etwa, weil sie besonders schrill oder auffallend gestaltet sind, sondern weil der Name ihrer Gruppe doch den einen oder anderen schmunzeln lässt, auch wenn die Thematik sehr ernst ist. Die Rede ist von den „Omas gegen Rechts“. Seit Januar 2020 gibt es auch in Oberhausen eine entsprechende Gruppe als Teil einer bundesweiten überparteilichen Initiative.

Es gibt in den Köpfen der meisten kaum etwas Unpolitischeres als Omas. Oft werden sie nur als ältere Frauen gesehen, die Kuchen für die Kinder und Enkelkinder backen. Doch das ist bei der Initiative ganz und gar nicht der Fall. Wir haben die Aktivistinnen vor Ort nach ihrer Motivation für ihr Engagement befragt:

„Wir haben keine kleinen Kinder (mehr), wir müssen nicht mehr hart in Jobs arbeiten, wir haben

mehr Zeit, uns politisch zu engagieren und gerade jetzt ist es notwendig, einen Beitrag zu leisten. Es geht hier auch um Ermutigung, Vernetzung und Sichtbar-Machen: Alt sein, heißt nicht, stumm sein!“

Alt sein, heißt nicht,
stumm sein.

Omas gegen Rechts

Da kommen die Omas gerade richtig, um sich einzusetzen gegen bedrohliche Entwicklungen wie Antisemitismus, Rassismus und antidemokratische Tendenzen bei uns und in vielen Ländern der Welt.

„Der Umgang mit der Corona-Pandemie in Brasilien, Weißrussland und den USA ist erschreckend. Da-

run zeigt sich, wie gefährlich autoritäre Staatsführungen sind.“

Die Corona-Pandemie ist für alle, die z.B. im medizinischen Bereich oder in der Pflege arbeiten, eine große Herausforderung. „Die Situation der kranken und alten Menschen, empfinden wir als tiefbeunruhigend“.

„Wir sind in Sorge um die Gesundheit und das Wohlergehen unserer Kinder und Enkel, die durch veränderte Arbeitsbedingungen (z.B. Homeoffice) und die Schließungen von Kitas und Schulen stärkeren Belastungen und vermehrt häuslicher Gewalt in ihren Familien ausgesetzt sind. Insbesondere sind oft Frauen oft betroffen.“

Wir „Omas gegen Rechts“ setzen uns für eine demokratische, rechtsstaatlich organisierte, freie Gesellschaft ein. Wir sind gegen Rassismus und gegen Ausgrenzungen behinderter und alter Menschen, gegen Frauenfeindlichkeit und Sozialabbau. Wir wollen diesbezügliche Missstände in Politik und Gesellschaft mit geeigneten Methoden öffentlich machen.“

Es geht um die Erhaltung der parlamentarischen Demokratie, um den Einsatz für die gleichen Rechte aller Frauen, Männer und Kinder, um die sozialen Standards, die von unseren Eltern und Großeltern zum Teil bitter erkämpft wurden, um den Respekt und die Achtung gegenüber anderen Mitbürgerin-

nen und Mitbürgern, unabhängig von Geschlecht, Herkunft, Hautfarbe oder Religion.

„Wir mischen uns ein und zeigen Gesicht bei Aktionen und Demonstrationen, damit unsere Kinder und Enkelkinder eine gute Zukunft haben. Gerade jetzt ist es wichtig, aufzuwachen und mutig gegen rechte Tendenzen vorzugehen, und da brauchen die Enkel die Oma und den Opa auch.“

Mitmachen und Unterstützung erwünscht!

Kontakt zu „Omas gegen Rechts“ in Oberhausen: omasgegenrechts@oberhausen@mail.de

RASSISMUS ZUM SCHWARZÄRGERN.
WEISS' BESCHIED!

Aristoteles schreibt in seiner „Ethik“, man müsse drei Charaktereigenschaften meiden: „Minderwertigkeit, Unbeherrschtheit und tierisches Verhalten“. Es wäre wohl vergebene Mühe, Donald Trump damit zu konfrontieren. Der würde wahrscheinlich nur fragen: „Wo zur Hölle finde ich diesen Aristoteles? Wir machen ihn fertig!“ Die USA waren immer das System der [S]checks and balances, aber seit die fleischgewordene Föhnfrisur regiert, hat man auf Balance komplett verzichtet. Das zeigt auch die jüngste Rassismus-Debatte. Das einzig Positive daran: Sie wird geführt. Auch wieder bei uns. Und leider ist das nötig. Wir wollen hier keine Namen nennen, aber das wird man ja wohl noch sagen dürfen! Es gibt hier noch genügend Glatz- wie Knallköpfe, die einer Rassenideologie anhängen. Doch jedes Mal, wenn man so eine Horde von Neofaschisten aufmarschieren sieht, fragt man sich nur: Wer davon repräsentiert denn nun bitteschön diese „Überlegenheit der weißen Rasse“? Ich muss dann immer ganz unwillkürlich an ein Transparent denken, das zwei Grundschulkinder bei einer Anti-Rechts-Demo hochhielten – mit dem Slogan: „Das B in Rassismus steht für Bildung“.

Vor diesem Hintergrund sollte man auch mal bedenken, dass in Deutschland immer noch viele Straßen nach „Kriegshelden“ benannt sind. In vielen Städten gibt es etwa eine Schneegasse oder einen Schneeweg. Heinrich Schnee war zur Kolonialzeit Oberbefehlshaber in Afrika. Der ist aber nicht dort ums Leben gekommen, sondern erst 1949 bei einem Autounfall in Berlin.

So musste die Presse leider auf eine Auflagen stärkende Schlagzeile verzichten: „Schnee fällt in Afrika“. Andere Beispiele: der Hindenburgdamm nach Sylt oder die Reste der Ludendorff-Brücke bei Remagen. Das waren doch alles Kriegstreiber. Dabei haben wir genug Pazifisten: der Joschka-Fischer-Ring. Den gäbe es dann gleich fünfmal in Deutschland – für jede Hochzeit einen. Oder man wählt einfach Namen von Promis, die der Menschheit nicht Leid und Kummer gebracht haben, sondern Freude und Spaß – die nicht zur Dezimierung der Bevölkerung beigetragen, sondern zur Vermehrung angeregt haben: die Dolly-Buster-Brücke. Das wäre so eine Pontonbrücke – mit einem dicken Pfeiler in der Mitte.

Umetikkettierung ist aber keine Universallösung. Die Rassismuskreule wird in Deutschland nämlich auch gerne mal vorschnell geschwungen, und zwar eben nicht nur um das Zigeunerschnitzel weichzuklopfen. Damit wir uns richtig verstehen: Das Wort Neger ist rassistisch. Punkt.

Doch schnell kommen die Geisinnungspolizisten und wollen Ausdrücke mit Farbattributen verbieten, die mit ethnischer Herkunft überhaupt nichts zu tun haben. Das Schwarz in Schwarzfahren bedeutet schlicht illegal und kommt wohl vom jiddischen Ausdruck shvarts für Armut. Will man jetzt also wirklich behaupten, Rassismus gehe von Juden aus? Unsere Sprachpolizisten sollten lieber noch mal in sich gehen – statt mit solcherlei Unsinn an die Öffentlichkeit. Aber dann bleibt ja noch die Behauptung, Schwarz habe stets einen negativen Beigeschmack. Doch das gilt für weiß ebenso gut: weißes Gift (Drogen), weißer Hautkrebs (Krankheit), Weißrussland (Diktatur), die Weiße Frau (Spukgeschichten) und selbst das Weiße Haus (Spukgeschichten) ist seit ein paar Jahren negativ besetzt (s.o.). Außerdem: Diejenigen, die in Deutschland Schwarzarbeit abschaffen, die möchte ich mal sehen. Also, Vorsicht vor Fundamentalismus jeglicher Couleur!

Benjamin Eisenberg
www.benjamin-eisenberg.de



DIE BANNERAKTION

Im Frühjahr 2018 machte der Runde Tisch gegen Rechts sich auf den Weg mit einer Aktion für eine solidarische Stadtgesellschaft zu werben.

Mit Unterstützung des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ wurden drei Banner angeschafft: „Oberhausen hat keinen Platz für Rassismus“, 5 Meter lang und 1,50 Meter hoch, gestaltet im knalligen Gelb und im Look der bekannten Ortseingangsschilder. Mit diesem Banner machten Menschen aus ganz Oberhausen von sich und ihrer Gruppe ein Foto, wie sie gemeinsam das Banner festhalten.

Über 80 Vereine,

Organisationen, Gruppen, Initiativen haben mitgemacht. 68 davon stellen sich in dieser Broschüre vor, mit ihrem Foto und einem kurzen Beitrag, warum sie sich an der Aktion beteiligt haben. Ein Schulterschluss von vielen, sich gemeinsam für Vielfalt und Toleranz stark zu machen. Jedes Foto war nicht zuletzt Anlass für Gespräche darüber, wie wir miteinander leben wollen, was uns verbindet oder wo wir unterschiedliche Ideen haben.

Das gemeinsame Ziel zu verwirklichen, Oberhausen als Ort des Zusammenlebens mit Respekt und Weltoffenheit, mit Toleranz für „sonne“ und „sonne“ zusammen

zu gestalten ist ein Fingerzeig auch für die Zukunft.

Die Broschüre ist erhältlich bei „Demokratie leben!“, E-Mail: paasch@awo-oberhausen.de

Oberhausen
hat keinen Platz für Rassismus

TOLLE PROJEKTE

Gemeinsam was machen für Vielfalt und Demokratie

Der Phantasie sind fast keine Grenzen gesetzt, wenn es um das solidarische Miteinander in unserer Stadt geht. Mit den vielfältigsten Aktionen und Veranstaltungen gegen Hass und Hetze. Vereine und Verbände, Initiativen und Organisationen. Das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ unterstützt Euch bei Euren Ideen und Vorhaben – und eine finanzielle Förderung wäre auch noch drin. Meldet Euch einfach mal.

Demokratie **leben!**

Arbeiterwohlfahrt Oberhausen
 Demokratie leben!
 Dirk Paasch
 Marie-Juchacz-Weg 1
 46047 Oberhausen



Das Künstlerduo Karin Kettling und Jürgen Albrecht bezieht mit seinem Theaterprojekt „Zuvielcourage“ Stellung gegen Stammtischparolen und gibt Anregungen, warum es sich lohnt, sich einzumischen, Parolen zu hinterfragen und eigene Werte zu formulieren. Ein gutes Training für den Alltag.



Ca. 1.400 Menschen folgten im Jahr 2017 dem Aufruf des Runden Tisches gegen Rechts Oberhausen und demonstrierten gegen den Landesparteitag der AfD in der Luise-Albertz-Halle. Ein breites Bündnis gegen Hass und Hetze.



An der Banner-Aktion „Oberhausen hat keinen Platz für Rassismus“ haben sich im Sommer 2018 über 80 Organisationen, Schulen, Vereine und Initiativen beteiligt. Hier exemplarisch das Friedensdorf Oberhausen mit ihrer klaren Ablehnung von jeglicher Form von Rechtspopulismus, Rassismus und Nationalismus.



Die Jugendgeschichtswerkstatt organisierte zusammen mit Schulen einen Tag zur Erinnerung an das Leid der Zwangsarbeiter*innen auf der Zeche Sterkrade. Auf dem Gelände der ehemaligen Zeche wurden Aktionen durchgeführt. Jugendliche bauten die Umrisse einer Unterbringungsbaracke nach. Im Schachtgebäude wurde die Ausstellung „Russenslager“ gezeigt.



Demokratie konkret (er-)leben – wie soll das in Schule gehen? Das Sophie-Scholl-Gymnasium hat dafür eine abwechslungsreiche Projektwoche entwickelt, in der auch ein Comic-Zeichner und ein Theater-Duo dabei sind. Letztlich geht es darum, den besonderen Wert von Demokratie für sich und die Gesellschaft zu verstehen.



Rechtspopulismus und Rassismus ist eine dauerhafte Herausforderung für die gesamte Gesellschaft. Wirksame Präventionsstrategien müssen vor allem an den konkreten Problemen und Bedürfnissen vor Ort ansetzen. Jeweils im Herbst beraten die Aktiven der Partnerschaft für Demokratie über Lösungsmöglichkeiten.



DEUTLICHES ZEICHEN GEGEN RECHTS

**Oberbürgermeister-Kandidaten
 führen keine Podiumsdiskussionen
 mit der AfD**

Auf Initiative des Antifaschistischen Bündnis Oberhausen für Demokratie und Toleranz, verständigten sich die vier Oberbürgermeisterkandidaten Daniel Schranz (CDU), Thorsten Berg (SPD), Norbert Axt (Grüne) und Jens Carstensen (Linke) auf folgende Erklärung:

Am 13. September werden in Oberhausen der Oberbürgermeister/ die Oberbürgermeisterin und die Mitglieder des Rates, der Bezirksvertretungen sowie des Ruhrparlamentes gewählt. Diese Wahlen sind elementarer Bestandteil der kommunalen Selbstverwaltung, einem grundgesetzlich garantierten Recht der Kommunen.

Es gehört zu einer lebendigen Demokratie dazu, dass Wahlkampf ein leidenschaftlicher Wettbewerb um beste Ideen, beste Konzepte und auch um die Stimmen der Bürgerinnen und Bürger ist. Wahlkampf bereichert Demokratien, weil er Profile der Parteien schärft, weil er einlädt zur politischen Auseinandersetzung und weil er damit Meinungsbildung von Wählerinnen und Wählern befördert.

Politische Konkurrenz bedeutet keine Feindschaft. Der demokratische Grundkonsens und die Werte unserer Verfassung dürfen auch in einem leidenschaftlichen Wahlkampf keinen Schaden nehmen. Das ist unsere innere Leitlinie.

Bei aller politischen Unterschiedlichkeit treten wir mit unserem Wahlkampf dafür ein, dass Demo-

kratie gestärkt wird und politischer Wettbewerb unsere Stadtgesellschaft nicht spaltet.

Oberhausen hat sich immer als eine Stadt verstanden, deren Bürgerinnen und Bürger sich als welt offen und tolerant, friedliebend, demokratisch und den Menschenrechten verpflichtet verstehen. Oberhausen hat eine gewachsene politische Kultur, die sich schon seit langem für eine demokratische, vielfältige, tolerante und gewaltfreie Stadtkultur einsetzt.

Gleichzeitig erleben wir, dass es rechtsradikalen und rechtspopulistischen Kräften in den vergangenen Jahren gelungen ist, ein Klima der Angst und Intoleranz zu schüren. Es ist das Ziel solcher Bestrebungen, Gesellschaft zu spalten, Menschen gegeneinander zu treiben, die Grenzen des Sagbaren zu verschieben und Gesellschaft zu entsolidarisieren. Die Zunahme von politisch motivierter Gewalt von Rechts ist Ausdruck dieser politischen Grenzverschiebung.

Für uns ist klar: Wir werden bei aller Klarheit in der Sache den Streit in einem Stil führen, der die Stadt nicht spaltet. Wir werden an keiner Podiumsdiskussion teilnehmen, an der mögliche Kandidatinnen und Kandidaten der AfD beteiligt sind. Der Wahlkampf in Oberhausen darf für die Verbreitung von Hass, Hetze und Rassismus keine Bühne einräumen.

Oberhausen, 1. Juli 2020

KONZEPT FÜR KOMMUNALES HANDELN

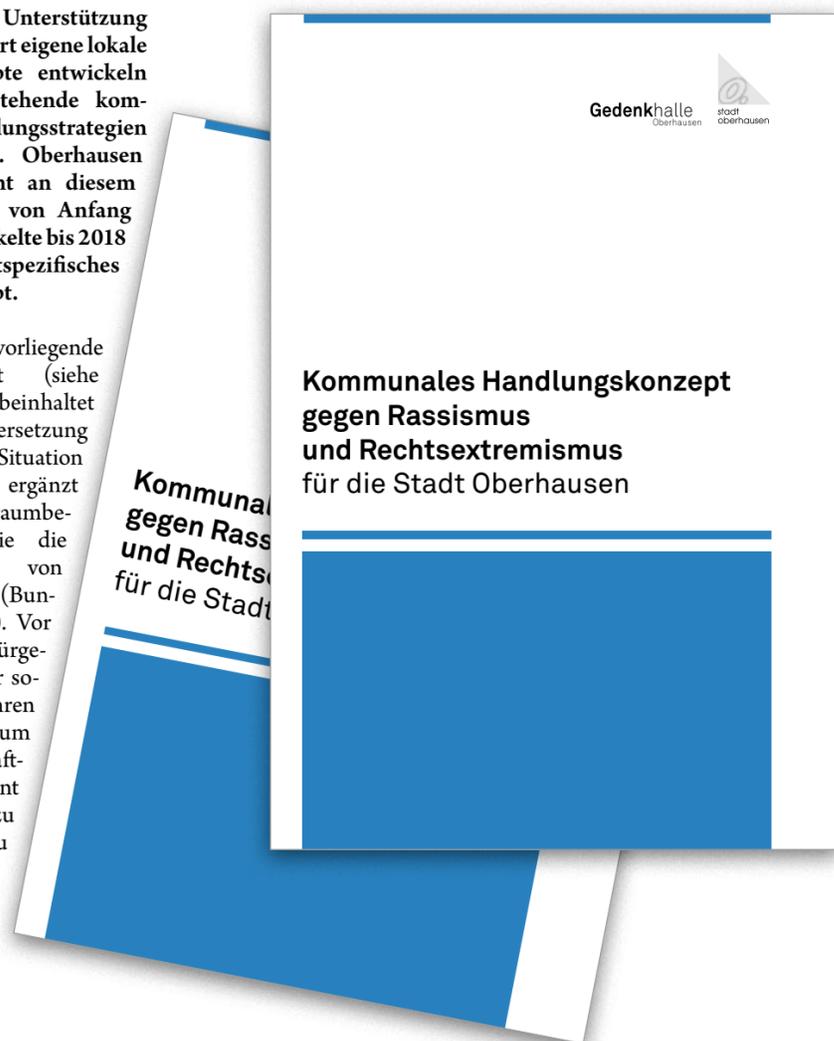
„Nordrhein-Westfalen handelt geschlossen für ein respektvolles gesellschaftliches Miteinander“ – unter diesem Leitbild nahm sich die Landesregierung selbst in die Pflicht, die präventive Arbeit gegen Rechtsextremismus und Rassismus zu stärken und die Kommunen in ihrem Engagement im Themenfeld zu stärken. Hierfür stellte sie Fördermittel zur Verfügung, mit deren Unterstützung Kommunen vor Ort eigene lokale Handlungskonzepte entwickeln oder bereits bestehende kommunale Handlungsstrategien ausbauen sollten. Oberhausen nahm und nimmt an diesem Förderprogramm von Anfang an teil und entwickelte bis 2018 ein eigenes, stadtspezifisches Handlungskonzept.

Das gedruckt vorliegende Handlungskonzept (siehe Abbildung rechts) beinhaltet eine Auseinandersetzung mit der aktuellen Situation vor Ort und wird ergänzt durch Sozialraumbeobachtungen sowie die Kurzdarstellung von Wahlergebnissen (Bundestagswahl 2017). Vor allem wurden Bürgerinnen und Bürger sowie Aktive nach ihren Bedarfen gefragt, um das zivilgesellschaftliche Engagement im Themenfeld zu erleichtern und zu verbessern.

Herausgekommen sind Handlungsempfehlungen für die Stadt Oberhausen mit konkreten Maßnahmenvorschlägen wie z.B. der Durchführung von Fortbildungen, der Förderung von geeigneten Präventionsmaßnahmen und, perspektivisch besonders bedeutsam,

der Entwicklung eines sogenannten „Demokratiebüros“.

Wer an dem Handlungskonzept interessiert ist, kann es kostenfrei über info@demokratie-leben-oberhausen.de oder Tel. (0208) 85 000 70-88 bzw. -89 erhalten.



KLARE KANTE

Das Soziokulturelle Zentrum Altenberg im Herzen Oberhausens hat ein deutliches Zeichen gegen Rassismus gesetzt.

Im Angesicht der Ereignisse um die Ermordung von George Floyd durch Polizisten in den USA hat

das Zentrum entschieden, sich eindeutig zu positionieren. Auch in Deutschland und Oberhausen gibt es Rassismus.

Mit dem Titel „Antirassistisches Zentrum Altenberg“ macht das Kulturzentrum klar, dass rassistische

oder rechtsextreme Organisationen auf dem Gelände nichts verloren haben und dass verstärkt darauf geachtet werden soll, rassistische Äußerungen und Handlungen nicht zu ignorieren, sondern diesen aktiv zu widersprechen.